

**Niederschrift  
zur 2. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Gemeinderates  
der Ortsgemeinde Frücht**

<b>Sitzungstermin:</b>	Mittwoch, 04.09.2024
<b>Sitzungsbeginn:</b>	18:30 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	21:17 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	im Dorfgemeinschaftshaus in Frücht
<b>veröffentlicht:</b>	Mitteilungsblatt „aktuell“ Nr. 35 vom 29.08.2024

**Anwesend sind:**

**Unter dem Vorsitz von**

Herr Marco Hößel

**Von den Ratsmitgliedern**

Herr Friedrich Becker  
Herr Markus Dietze  
Frau Zina Goldhorn  
Herr Sascha Göppert  
Herr Wolfgang Hellmeister  
Herr Hans-Peter Kerpen  
Herr Kai Klein  
Frau Dorothea Schandelmaier  
Frau Ruth Schmidt

**Von den Beigeordneten**

Herr Matthias Goß  
Herr Andreas Schandelmaier

**Es fehlen:**

**Von den Ratsmitgliedern**

Herr Patrick Baum  
Herr Peter Obel  
Frau Yvonne Sixter

**Tagesordnung:**

1. Verpflichtung eines Ratsmitgliedes
2. Bekanntgabe der in der 1. Sitzung in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse.
3. Sachstand Wiederkehrende Ausbaubeiträge - vorsorglich
4. Erlass einer Geschäftsordnung  
Vorlage: 10 DS 17/ 0008
5. Neufassung der Hauptsatzung  
Vorlage: 10 DS 17/ 0012
6. Aufwandsentschädigung Protokollführung  
Vorlage: 10 DS 17/ 0007
7. Bildung des Ausschuss für Bau- und sonstige technische Angelegenheiten und Wahl der Ausschussmitglieder  
Vorlage: 10 DS 17/ 0009
8. Bildung des Ausschusses für Soziales, Vereine und kulturelle Angelegenheiten und Wahl der Ausschussmitglieder  
Vorlage: 10 DS 17/ 0010
9. Bildung des Ausschusses für Umwelt und Nachhaltigkeit und Wahl der Ausschussmitglieder  
Vorlage: 10 DS 17/ 0011
10. Antrag auf Kostenerstattung für Mobiltelefon Ortsbürgermeister
11. Sachstand Kita
- 11.1. Beratung über den Vertrag zwischen der VG BEN und den Ortsgemeinden Becheln und Frücht vom 01.01.1992 und ggf. Beschlussfassung
12. Anschaffung Heizungssteuerung Dorfgemeinschaftshaus
13. Auftragsvergaben
- 13.1. Vergabe Planungsleistungen "Alte Gasse"
14. Bauangelegenheiten - vorsorglich
15. Mitteilungen
16. Anfragen
17. Einwohnerfragestunde

**Protokoll:**

Der Vorsitzende stellt die form- und fristgerechte Einladung und die Beschlussfähigkeit fest. Gegen die Tagesordnung werden keine Einwände erhoben.

Top 12 entfällt, da doppelt

Top 14.1 wird auf 2025 verschoben

Top 9 wird auf Top 3 vorgezogen.

Diese Änderungen wurden einstimmig zugestimmt.

**TOP 1      Verpflichtung eines Ratsmitgliedes**

Der geschäftsführende Ortsbürgermeister, Herr Marco Hößel verweist auf die gesetzlichen Bestimmungen der §§ 20, 21, 22, 30 und 31 in der Gemeindeordnung (GemO). Danach verpflichtet er das Ratsmitglied gemäß Abs. 2 GemO per Handschlag.

**TOP 2      Bekanntgabe der in der 1. Sitzung in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse.**

Herr Hößel weist darauf hin, dass es zu Änderungen des Jagdpachtvertrag gekommen ist.

**TOP 3      Sachstand Wiederkehrende Ausbaubeiträge - vorsorglich**

Herr Hößel verweist darauf, dass zu dieser Thematik bereits umfassende Diskussionen im letzten Jahr stattgefunden haben.

Herr Anderie gibt an, dass die VG auf die Rechtslage hinweisen muss. Er schildert eine kurze Zusammenfassung der bisherigen Historie:

**Anderie Historie:**

- 20.12.23 Sitzung
  - Satzungsentwurf der VG enthält den Vorschlag für folgende Gemeindeanteile:
    - 30 % Ortskern und 20 % Vorderer Diebig (Mindestanteil)
    - Änderungswunsch des Rates 40 % Ortskern und Vorderer Diebig 30 %
- 13.03.24 Sitzung: Beschluss Verwaltungsvorschlag wurde abgelehnt.
- 08.05.24 Sitzung:
  - 40 % Abrechnungseinheit 1 und 30 % Abrechnungseinheit 2

**Anderie Bedenken Äußerung:**

VG äußert Bedenken und muss darauf hinweisen. Die Rechtsprechung sagt, dass der Gemeindeanteil immer die entsprechende klassifizierte Straße widerspiegeln muss.

Es kommt auf den Durchgangverkehr in der Abrechnungseinheit an. Man geht insgesamt von einem geringen Durchgangverkehr aus. Zu dem Anliegerverkehr zählen auch Besuch, Handwerker, etc. Die Grenze ist 25% plus minus 5%. Die Emserstraße zählt nicht zu den Ortsstraßen und wird auch nicht in dieser Betrachtung berücksichtigt.

Herr Anderie verweist auf ein Beispiel, bei welchem ein höherer Gemeindeanteil in der Satzung gefordert wurde - dies wurde kommunalpflichtig beanstandet - ging bis vor das OVG Rheinland-Pfalz

Verschiedene Probleme können auf die Gemeinde zukommen, falls diese an den erhöhten Prozentsätzen festhält. Die Aufsichtsbehörde kann die Satzung für nicht gültig erklären und die Gemeinde muss die kompletten Kosten von bereits durchgeführten Maßnahmen tragen. Außerdem können Rückforderungsansprüche von Förderungen auf die Gemeinde zukommen.

RM Kai Klein: Es gibt einen Spielraum und wir halten uns an die obere Grenze. Er fragt nach dem Rechtsverstoß. Nur bei einem höherem Durchgangverkehr, wäre auch die Stufe höher.

RM Hans-Peter Kerpen: RLP ist das letzte Land mit dieser Gesetzgebung. Wir verlieren unseren Handlungsspielraum etwas zu entscheiden. Wir wollen bei den wiederkehrenden Beiträgen vermeiden, dass zukünftig wieder höhere Beiträge folgen und dem schon zu Beginn entgegenwirken.

RM Fritz Becker:

Er weist darauf hin, dass, sollten wir dieser Maßnahme nicht nachkommen, eine Erhöhung der Grundsteuer unausweichlich sein könnte. Es besteht die Möglichkeit, dass wir eine Satzung mit einem Gemeindeanteil von 40 % beschließen, und im Anschluss könnte jemand geltend machen, dass diese Satzung nicht rechtsgültig ist. In einem solchen Fall würde der Gemeinde die rechtliche Grundlage fehlen, und sie wäre gezwungen, die Beiträge selbst zu tragen. Zudem könnte dadurch eine mögliche Förderung verloren gehen.

RM Wolfgang Hellmeister: Es ist von Bedeutung, die bevorstehenden Maßnahmen für die Bürger in Frucht in naher Zukunft zu berücksichtigen. Laut Herr Hößel ist derzeit lediglich die Sanierung der Alten Gasse vorgesehen.

Herr Anderie verweist darauf, dass es in jeder Gemeinde Schwankungen gibt. Jahre mit hoher Belastung, aber dann auch wieder mit weniger/keiner.

RM Wolfgang Hellmeister: Man kann dem Bürger nur helfen, indem man unterschiedliche Zahlungsmöglichkeiten ausweist.

Folgender Beschluss wurde abschließend festgehalten:

In der nächsten Sitzung wird die Satzung erneut zur Abstimmung gegeben.

Ja:	8
Nein:	2
Enthaltung:	0

Frage von RM Fritz Becker: Falls der Rat an der 40% festhält, muss der VG Bürgermeister einschreiten. Dies bejahte Herr Anderie.

#### **TOP 4 Erlass einer Geschäftsordnung Vorlage: 10 DS 17/ 0008**

Der Vorsitzende erläutert die Änderungen der neuen Geschäftsordnung, welche grundsätzlich der Mustergeschäftsordnung mit zusätzlichen Bestandteilen der digitalen Ratsarbeit besteht. Weitere Beratung ist hierzu ergeht nicht.

#### **Beschluss:**

**Der vorliegenden Geschäftsordnung wird zugestimmt.**

**Abstimmungsergebnis:**

Ja:	10
Nein:	-
Enthaltung:	-

**TOP 5      Neufassung der Hauptsatzung**  
**Vorlage: 10 DS 17/ 0012**

Herr Hößel weist darauf hin, dass jedem der Ratsmitglieder die Satzung vorliegt.

Herr Hellmeister und Herr Becker machen zu § 3 Übertragung von Aufgaben des Ortsgemeinderates auf den Ortsbürgermeister Anmerkungen. Sie plädieren dafür, dass Punkt 2 und 3 gestrichen werden. Zudem wird bei Punkt 4 der Betrag im Einzelfall der unbefristeten Niederschlagung von Forderungen der Gemeinde von 3000, -- € auf 2000, -- € angepasst. Des Weiteren erfolgt bei Punkt 5 eine Anpassung des Betrages im Einzelfall bezüglich des Erlasses von Forderungen der Gemeinde. Dieser wird von 1500, -- € auf 1000, -- € herabgesenkt.

**Beschluss:**

**Die vorliegende Neufassung der Hauptsatzung wird mit den besprochenen Änderungen beschlossen.**

**Abstimmungsergebnis:**

Ja:	10
Nein:	-
Enthaltung:	-

**TOP 6      Aufwandsentschädigung Protokollführung**  
**Vorlage: 10 DS 17/ 0007**

Herr Hößel merkt an, dass das Protokoll früher von der VG übernommen wurde.

Herr Becker merkt an, dass für ein Ehrenamt keine Personalnebenkosten bezahlt werden müssen.

**Beschluss:**

**Für die Anfertigung der Sitzungsniederschriften wird für die ehrenamtliche Schriftführerin / den ehrenamtlichen Schriftführer eine Aufwandsentschädigung in Höhe von 50,00 Euro gezahlt. Sofern Personalnebenkosten entstehen, werden diese von der Ortsgemeinde übernommen.**

**Abstimmungsergebnis:**

Ja:	10
Nein:	-
Enthaltung:	-

**TOP 7      Bildung des Ausschuss für Bau- und sonstige technische Angelegenheiten und Wahl der Ausschussmitglieder  
Vorlage: 10 DS 17/ 0009**

Von beiden Fraktionen im Rat werden Vorschläge für die Besetzung der Mitglieder für den Ausschuss genannt. Weitere Beratung hierzu ergeht nicht.

**Beschluss:**

1.      **Die Zahl der Mitglieder und Stellvertreter des Ausschusses für Bau- und sonstige technische Angelegenheiten wird auf sieben festgesetzt.**
2.      **Die Wahl erfolgt abweichend von § 40 Abs. 5 GemO durch Handzeichen.**
3.      **In den Ausschuss für Bau- und sonstige technische Angelegenheiten werden gewählt:**

	<b>Ordentliches Mitglied</b>	<b>Stellvertretendes Mitglied</b>
1	Kai Klein	Hans-Peter Kerpen
2	Peter Obel	Ruth Schmidt
3	Frank Löwenstein	Lars Hoffjann
4	Tobias Baum	Sebastian Sixter
5	Sascha Göppert	Andreas Göppert
6	Wolfgang Hellmeister	Mario Ehler
7	Bernd Reifenscheidt	Markus Dietze

**Abstimmungsergebnis:**

Ja:	9
Nein:	-
Enthaltung:	-

**TOP 8      Bildung des Ausschusses für Soziales, Vereine und kulturelle Angelegenheiten und Wahl der Ausschussmitglieder  
Vorlage: 10 DS 17/ 0010**

**Beschluss:**

1.      **Die Zahl der Mitglieder und Stellvertreter des Ausschusses für Soziales, Vereine und kulturelle Angelegenheiten wird auf sieben festgesetzt.**

2. Die Wahl erfolgt abweichend von § 40 Abs. 5 GemO durch Handzeichen.
3. In den Ausschuss für Soziales, Vereine und kulturelle Angelegenheiten werden gewählt.
- 4.

	<b>Ordentliches Mitglied</b>	<b>Stellvertretendes Mitglied</b>
1	Yvonne Sixter	Dorothea Schandelmaier
2	Ruth Schmidt	Patrick Baum
3	Sabine Hilberath	Conny Kauth
4	Jonas Diedrich	Claudius Beck
5	Matthias Gos	Fritz Becker
6	Zina Goldhorn	Sascha Göppert
7	Wolfgang Hellmeister	Bernd Reifenscheidt

**Abstimmungsergebnis:**

Ja:	9
Nein:	-
Enthaltung:	-

**TOP 9      Bildung des Ausschusses für Umwelt und Nachhaltigkeit und Wahl der Ausschussmitglieder**  
**Vorlage: 10 DS 17/ 0011**

Wird auf die nächste Sitzung verschoben, da noch Mitglieder für diesen Ausschuss benötigt werden.

**TOP 10      Antrag auf Kostenerstattung für Mobiltelefon Ortsbürgermeister**

Herr Hößel hat einen Handyvertrag für monatlich 8,00 Euro abgeschlossen, um eine offizielle Telefonnummer für seine Amtsgeschäfts zu erhalten. Hierfür wird eine Kostenerstattung beantragt.

**Beschluss:**

**Die monatlichen Kosten für den separaten Handyvertrag werden dem Ortsbürgermeister erstattet**

**Abstimmungsergebnis:**

Ja:	9
Nein:	-
Enthaltung:	1

**TOP 11 Sachstand Kita**

Herr Hößel möchte, dass der Machbarkeitsstudie eine zusätzliche Variante hinzugefügt wird. Damit ergeben sich fünf Varianten, die von Herr Hößel erläutert werden.

Becheln wird über eine theoretisch in Frage kommende, mögliche Teilung der Kita informiert.

**Beschluss:**

**Folgende Varianten der Machbarkeitsstudie sollen angefragt werden:**

- Erweiterung an Personaltrakt
- Erweiterung zum Gemeindespielplatz
- Aufstockung in Verbindung mit DGH
- Kleiner Umbau
- Neubau / Neubau klein

**Sowie Vorschläge von möglichen Architekten.**

**Abstimmungsergebnis:**

Ja:	10
Nein:	-
Enthaltung:	-

**TOP 11.1 Beratung über den Vertrag zwischen der VG BEN und den Ortsgemeinden Becheln und Frücht vom 01.01.1992 und ggf. Beschlussfassung**

Wird vertagt, da bisher noch keine Verträge vorliegen.

**TOP 12 Anschaffung Heizungssteuerung Dorfgemeinschaftshaus**

Herr Hößel erklärt das neue Heizungssystem (Home Assistant). Die Kosten für den Grundaufbau betragen circa 600 €. Dies Grundausstattung kann sukzessive erweitert werden. Perspektivisch könnte darüber auch bspw. das Licht in der Halle gesteuert werden.

**Beschluss:**

**Der Anschaffung für die Heizungssteuerung wird zugestimmt.**

**Abstimmungsergebnis:**

Ja:	10
Nein:	-
Enthaltung:	-

**TOP 13 Auftragsvergaben**  
**TOP 13.1 Vergabe Planungsleistungen "Alte Gasse"**

- entfällt, da für dieses Jahr keine Gelder im Haushalt vorgesehen sind -

**TOP 14 Bauangelegenheiten - vorsorglich**

keine

**TOP 15 Mitteilungen**

Herr Hößel erläutert, dass die wiederkehrende Prüfung der Versammlungsstättenverordnung im Dorfgemeinschaftshaus stattgefunden hat. Grundsätzlich geht es darum, dass zu viele Gerätschaften hinter dem Vorhang stehen, sodass im Brandfall eine erhöhte Gefahr der Feuerausbreitung besteht.

Der ehemalige Jugendraum soll zukünftig als Lagerraum für selten verwendete Gerätschaften genutzt werden.

Der Vorhang hat noch TÜV bis nächstes Jahr, allerdings sind viele Teile verschlissen. Ein Reparaturangebot von 6000 Euro liegt vor. Günstigere Angebote werden noch eingeholt. Herr Dietze merkt an, dass bei künftigen Veranstaltungen der Durchgang freigemacht und die Gerätschaften hinter dem Vorhang weggeräumt werden.

Herr Hößel führt zudem aus, dass sich bei der Feuerwehr während starken Regenfällen Wasser ansammelt. Herr Dietze merkt an, dass dies früher auch schon so war.

Herr Hößel verweist auf die gestiegenen Kosten der Oberflächenentwässerung. Die dazugehörige Rechnung kommt Ende September.

Herr Hößel gibt weiterhin an, dass ein Umwelttag zusammen mit der Feuerwehr im März 2025 und eine Freiräum-Aktion des Schweizertals zusammen mit dem Miellener Gemeinderat sowie Verkehrsverein geplant ist.

Herr Hößel informiert, dass die VB- und Kreisumlage knapp eine halbe Millionen Euro beträgt.

**TOP 16 Anfragen**

Herr Kerpen fragt nach, ob die Einladungen von der VB zukünftig besser strukturiert werden.

Herr Becker schlägt vor einen Artikel über die aktuell geltenden Bebauungspläne und auch weitere Infos über die Satzung zu den wiederkehrenden Ausbaubeiträgen im Aktuell zu veröffentlichen. Herr Hößel merkt an, dass er bei Herrn Specht nachfragt, wie dies am besten an die Bürger herangetragen werden kann.

Herr Schandelmaier plädiert dafür, dass die Beschilderung der Straßen erneuert werden muss. Herr Becker verweist darauf, dass dies sehr kostenintensiv ist. Die Kosten

betragen laut seiner Aussage ca. 1000 Euro pro Schild. Daher kommt der Vorschlag aus dem Rat, dass eine Säuberung der Schilder zunächst beim Umwelttag durchgeführt wird. Herr Hellmeister ist verärgert darüber, dass in mehreren Früchter Straßen der Bürgersteig zugestellt ist. Herr Gos bietet an mit dem Ordnungsamt zu telefonieren, um die genaue Gesetzeslage zu den betroffenen Flächen zu erfahren.

Herr Becker fragt nach, ob von der Verkehrsschau bisher kein Protokoll zur Verfügung gestellt wurde. Herr Hößel gibt an dieses noch nicht erhalten zu haben. Er erkundigt sich beim Ordnungsamt.

#### **TOP 17    Einwohnerfragestunde**

Familie Müller hat sich von der Familie Gemmer ein Angebot zur Erneuerung des Weges zum Schweizertal unterbreiten lassen. Frau Müller weist darauf hin, dass die Kosten erheblich steigen werden, sollte die Erneuerung nicht in naher Zukunft erfolgen. Herr Fuchs hat empfohlen, mit der Durchführung der Erneuerung zu warten, bis der Glasfaserausbau abgeschlossen ist. Herr Hößel möchte klären, ob die VG-Werke einen Anteil an den Kosten übernehmen werden.

---

Vorsitzender

---

Schriftführer/in